

vorneweich 01

»Die SPD muss progressiv provokant werden«

Interview mit den beiden neuen Landesvorsitzenden Juliane Kleemann und Andreas Schmidt

Die SPD Sachsen-Anhalt ist der erste Landesverband mit einer Doppelspitze. Was bedeutet das für die künftige Arbeit der Partei?

Andreas Schmidt: Zunächst mal sind wir stolz, dass wir in Sachsen-Anhalt die erste Landes-SPD mit einer Doppelspitze sind. Die Weichen dafür haben wir schon vor längerer Zeit gestellt, noch bevor die Bundespartei die notwendige Satzungsänderung auf den Weg gebracht und selbst eine Doppelspitze gewählt hat. Ganz praktisch bedeutet das Vorsitzenden-Duo aus Juliane und mir, dass künftig zwei Köpfe und vier Hände die Arbeit machen. Angesichts der vielen Aufgaben, die vor uns liegen, ist das ein großer Gewinn. Ein Vorteil ist auch, dass Juliane und ich unterschiedliche Alltags- und damit tägliche Erfahrungen haben: Juliane ist in der Kommunalpolitik verankert und in ihrer Arbeit in der Kirche, ich habe eher die Perspektive als Landtagsabgeordneter. Das ist durchaus ein Gewinn.

Juliane Kleemann: Andreas und ich haben wirklich ganz unterschiedliche Hintergründe. Er hat jahrelange politische Erfahrung, ich dafür den frischeren Blick der politischen Quereinsteigerin, die erst sechs Jahre Mitglied der SPD ist. Das ergänzt sich gut und führt zu einer Lebendigkeit in der Partei.

Anders als bei der Bundespartei sind Sie nicht als Team angetreten, sondern von den Mitgliedern zusammengewählt worden. War Andreas Schmidt ihr Wunschpartner, Frau Kleemann?

Juliane Kleemann: Ich bin mit dem Ausgang des Mitgliederentscheids sehr zufrieden. Andreas und ich bilden ein gutes Tandem, weil wir in manchen Punkten sehr ähnlich sind, in anderen dafür sehr unterschiedlich. Insofern konnte ich mir diese Paarung von Anfang an am besten vorstellen.

Wie war es bei Ihnen, Herr Schmidt?

Andreas Schmidt: Der Landesvorstand hat bewusst dieses Verfahren gewählt, das sich von dem der Bundespartei unterscheidet. Das finde ich auch gut so. Während der Mitgliederbefragung haben wir Kandidaten uns bewusst zurückgehalten und nicht

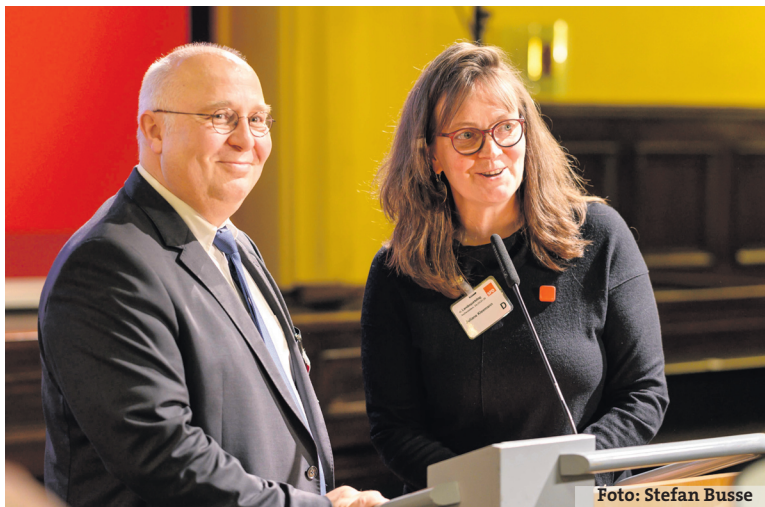


Foto: Stefan Busse

gesagt, mit wem wir künftig am liebsten zusammenarbeiten wollen, um die Mitglieder nicht zu beeinflussen. Deshalb werde ich mich auch jetzt zurückhalten. Juliane und ich kennen uns aber schon eine ganze Weile und haben bisher immer gut zusammengearbeitet. Deshalb denke ich, dass das auch künftig so sein wird. Wir ergänzen uns gut.

Wie wollen Sie die Arbeit künftig aufteilen?

Andreas Schmidt: Das haben wir noch nicht abschließend besprochen. Zwischen dem Ergebnis der zweiten Runde der Mitgliederbefragung und unserer Wahl auf dem Landesparteitag lag ja gerade einmal eine Woche. Da ist klar, dass wir noch nicht alle Dinge im Detail klären konnten.

Im kommenden Jahr wird in Sachsen-Anhalt gewählt. Ist mit der Vorsitzenden-Wahl auch schon eine Vorentscheidung für die Spitzenkandidatur gefallen?

Andreas Schmidt: Nein, das eine hat mit dem anderen gar nichts zu tun. Juliane und ich haben von Anfang an gesagt, dass wir die Spitzenkandidatur nicht anstreben und dabei bleiben wir auch. Wir sind angetreten, um Vorsitzende der SPD Sachsen-Anhalt zu sein und nicht, um das als Sprungbrett für die Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl zu nutzen. Unser Anliegen ist vielmehr, die Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen. So halten wir es in Sachsen-Anhalt

seit einigen Jahren, und diesen Weg sollten wir auch beibehalten.

Juliane Kleemann: Unsere Aufgabe ist die Arbeit in der und für die Partei. Vorsitz und Spitzenkandidatur voneinander zu trennen, ist eine sehr kluge Entscheidung. Dass mehrere Protagonisten in der ersten Reihe stehen, aber unterschiedliche Aufgaben haben, finde ich absolut richtig. Ein Spitzenkandidat ist viel stärker in der Tagespolitik eingebunden, während die Spitze der Partei mit der Frage beschäftigt ist, wie sich die Partei weiterentwickeln kann.

Zurzeit regiert in Magdeburg mit „Kenia“ eher ein Zweckbündnis. Im Abschluss des Parteitags heißt es, die SPD strebe „eine progressive Mehrheit anstatt erzwungener Bündnisse an“. Wie soll das gelingen?

Juliane Kleemann: Die SPD muss progressiv provokant werden und deutlich sagen, warum sie für bestimmte Dinge eintritt, etwa die Ganztagschulen. Damit machen wir auch deutlich, wo wir uns von der CDU unterscheiden, die eher darauf ausgerichtet ist, das zu bewahren, was sie schon immer gut gefunden hat, statt sich auf Neues einzulassen. Veränderung findet statt, ob wir wollen oder nicht, und wir müssen uns entscheiden, ob wir sie gestalten oder sie nur geschehen lassen. Ich bin eher fürs Gestalten.

Andreas Schmidt: Am entscheidendsten wird sein, dass wir als SPD wieder stärker werden. Dafür brauchen wir ein Wahlprogramm, das dazu führt, dass die Menschen über unsere Themen reden und nicht über das, was in den Medien gerade hochgejazzt wird. Unser Wahlprogramm muss mutig sein und nicht schon den Kompromiss vorwegnehmen. 30 Jahren nach der Wiedervereinigung werden in Sachsen-Anhalt die Weichen neu gestellt, und wir müssen über viele Dinge neu nachdenken. Leider wird darüber öffentlich viel zu wenig geredet. Das sollten wir ändern. Von allen Parteien im Land haben wir das größte Potential. Das müssen wir heben. ■

Das Interview führte Kai Döring

Der Weg zur Doppelspitze in Sachsen-Anhalt

So stimmten Mitglieder und Delegierte ab

Das Ergebnis für den „Frauenplatz“ in der Doppelspitze stand bereits nach der ersten Runde der Mitgliederbefragung am 29. November fest, fiel aber sehr knapp aus: Juliane Kleemann erhielt 745 Stimmen (46,6 Prozent), Katharina Zacharias bekam 739 Stimmen (46,1 Prozent). Es gab 116 Enthaltungen.

Für den „Männerplatz“ war eine Stichwahl erforderlich. Im ersten Wahlgang bekam Andreas Schmidt 724 Stimmen (-45,1 Prozent), Jost Riecke 463 Stimmen (28,9 Prozent) und Seluan Al-Chakmakchi 347 Stimmen (21,6 Prozent). Es gab 70 Enthaltungen.

In der **Stichwahl**, die am 17. Januar 2020 ausgezählt wurde, entfielen auf Andreas Schmidt 752 Stimmen (55,3 Prozent) und auf Jost Riecke 550 Stimmen (40,4 Prozent). Es gab 57 Enthaltungen.

Die Wahlbeteiligung lag im ersten Wahlgang bei 47,7 Prozent, in der Stichwahl bei 40,2 Prozent.

Beim **Landesparteitag** am 24. Januar 2020 wählten die Delegierten wie folgt:

Juliane Kleemann:
ja 98, nein 7, Enthaltung 4

Andreas Schmidt:
ja 95, nein 8, Enthaltung 6

Der neue Landesvorstand

Neben den beiden Landesvorsitzenden Juliane Kleemann und Andreas Schmidt gehören dem Landesvorstand an (mit Wahlergebnis): Stellvertretende Landesvorsitzende:

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Armin Willingmann (90)
Katharina Zacharias (69)

Schatzmeister:

Steffen Eichner (ja 94, nein 4, Enthaltung 3)

Weitere Mitglieder:

Seluan Al-Chakmakchi (44)
Norbert Born (60)
Julia Brandt (59)
Steffen Burchhardt (40)
Rüdiger Erben (79)

Susi Möbbeck (77)
Katja Pähle (91)
Carlo Reifgerste (56)
Tina Rosner-Merker (70)
Mandy Schumacher (64)
Sindy Toth (58)
René Wölfer (71)

Nicht gewählt wurden Sarah Künzel (7), Jost Riecke (32) und Karsten Todte (37).

Bei der konstituierenden Sitzung des Landesvorstands unmittelbar im Anschluss an den Parteitag wurden Susi Möbbeck, Katja Pähle und Carlo Reifgerste als Mitglieder in den Geschäftsführenden Landesvorstand gewählt, dem qua Amt die beiden Vorsitzenden, die stellvertretenden Vorsitzenden und der Schatzmeister angehören.



Foto: Martin Krems-Möbbeck

Der neue Landesvorstand von links nach rechts: Steffen Eichner, Andreas Schmidt, Sindy Toth, Steffen Burchhardt, René Wölfer, Carlo Reifgerste, Katja Pähle, Seluan Al-Chakmakchi, Norbert Born, Tina Rosner-Merker, Susi Möbbeck, Mandy Schumacher, Rüdiger Erben, Katharina Zacharias, Juliane Kleemann, Julia Brandt und Armin Willingmann ■

»Wer unser Land liebt, der spaltet es nicht«

Die wichtigsten Passagen aus Burkhard Lischkas Abschiedsrede



Foto: Stefan Busse

Das wird sie jetzt: Meine letzte Rede als Landesvorsitzender.

Wenn ich mal die letzten Monate so Revue passieren lasse... Wie sachlich und unaufgeregt wir diesen Wechsel im Landesvorsitz über die Bühne gebracht haben – und zwar unter Beteiligung aller Mitglieder! – ohne persönliche Anfeindungen, stattdessen sehr respektvoll... Ich finde: Da können andere durchaus etwas bei uns lernen! Oder: Um es mal noch etwas deutlicher zu sagen: Während sich in der CDU ein Landesvorsitzender bereits nach zwölf Monaten einer Vertrauensfrage unterziehen muss, die er nur knapp übersteht, bei den Grünen eine Landesvorsitzende nach einem Jahr zurücktreten musste, die Linke nach nur zwei Jahren ihren Vorsitzenden auswechselte und der AfD-Vorsitzende schon gar nicht mehr seiner Partei angehört, haben wir gezeigt, wie's geht, waren die stabile politische Größe in unserem Land und haben Führungsverantwortung ganz ruhig von einer Hand in die andere gelegt. Darauf können wir stolz sein! Ich bin es jedenfalls.

Stolz ist übrigens ein gutes Stichwort. Wer jetzt von mir erwartet, dass ich in meiner letzten Rede als Vorsitzender melancholisch werde oder alle Fehler beklage, die unsere Partei, die wir alle in den letzten Jahren und Jahrzehnten begangen haben... Den muss ich leider enttäuschen! Im Gegenteil: Ich bin jetzt seit 30 Jahren in der SPD. Und wisst ihr was? Ich habe nicht einen Tag bereut, Teil

dieser stolzen, ja sogar der stolzesten aller Parteien zu sein!

Naklar gab es in diesen 30 Jahren auch Tage, da habe ich mich richtig geärgert über meine Partei. Na klar hat auch die SPD Fehler gemacht: große und kleine. Inhaltliche und handwerkliche Fehler. Aber kein Fehler war so groß, dass ich mich schämen musste, Mitglied in der ältesten demokratischen Partei Europas zu sein.

Die SPD hat in ihrer 156-jährigen Geschichte nie einen Krieg vom Zaun gebrochen, nie Menschen verfolgt, nie Unglück über andere gebracht und sich niemals an Freiheit und Demokratie vergangen. Und deshalb tragen wir auch heute noch, nach über 150 Jahren voller Stolz unseren Parteinamen: Wir sind die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben im Kaiserreich die Demokratie und das Frauenwahlrecht erstritten. Es waren Sozialdemokraten, die bis zum Schluss den Nationalsozialisten die Stirn geboten und diesen Mut oft mit Leib und Leben bezahlt haben. Sozialdemokraten mussten sich von den Konservativen und Reaktionären als Vaterlandsverräter beschimpfen lassen, als sie für eine neue Friedens- und Entspannungspolitik gestritten haben.

Nun gibt es ja einige Schlaumeier, liebe Genossinnen und Genossen, einige sogenannte Politikberater und -beobachter, einige Journalisten und politische Konkurrenten, die sagen: „Ja, ja, ... Das ist ja alles richtig. Ihr hattet Eure Verdienste. Aber Eure Zeit ist jetzt vorbei. Das sozialdemokratische Jahrhundert liegt hinter uns. Euch brauchen wir nicht mehr.“ Welch ein Hochmut, Liebe Freundinnen und Freunde. Welche Überheblichkeit gepaart mit politischer Dummheit.

Ausgerechnet in einer Zeit, in der es wieder Anschläge auf jüdische Synagogen gibt, Rechtsextremisten wieder im Reichstag sitzen, Andersdenkende und Andersfarbige bedroht, beleidigt und attackiert werden, ein Kassler Regierungspräsident zu Hause hingerichtet wird, Europa auseinanderfällt, Kriege vor unserer Haustür stattfinden... Da braucht es keine Sozialdemokratie mehr? Die SPD ist seit 156 Jahren die konstante politische Kraft, wenn es um die Verteidigung

von Demokratie und Freiheit in unserem Land geht. Und wer da meint, ausgerechnet in einer Zeit, in der Demokratiefeinde und Nationalisten wieder ihr Haupt erheben, die Sozialdemokratie verächtlich machen zu müssen, der hat nichts, aber auch gar nichts verstanden!

Wenn die Konservativen in Sachsen-Anhalt mehr als eine Woche für die Erkenntnis brauchen, dass jemand mit Hakenkreuzen auf dem Arm besser keinen Vorstandsposten in einer demokratischen Partei bekleiden sollte... dann brauchen wir mehr Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen, und nicht weniger!

Wenn Rechtsradikale in Deutschland wieder Waffen horten und Leichensäcke bunkern, wenn jüdische Mitbürger wieder darüber nachdenken müssen, unser Land, Deutschland, zu verlassen, dann brauchen wir mehr Sozialdemokratie!

Denn gerade vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte wissen wir: Freiheit und Demokratie sind keine Selbstverständlichkeit! Sie müssen immer wieder aufs Neue erstritten und verteidigt werden.

Und ja – genau darum geht es auch in gut einem Jahr bei der Landtagswahl – unser Land nicht den Demokratiefreunden zu überlassen! Aus den Gedankenspielen in CDU und AfD, einer tolerierten Minderheitsregierung, einer Regierung von AfD-Gnaden darf keine Realität werden. Die SPD muss so stark werden, dass CDU und AfD weder über eine rechnerische noch eine politische Mehrheit in unserem Land verfügen.

Wer unser Land liebt, der spaltet es nicht. Wer unser Sachsen-Anhalt liebt, überlässt es nicht den Demokratiefreunden und Hetzern!

Und schließlich: Wir sind Friedens- und Entspannungspartei! Was heißt das eigentlich für Sachsen-Anhalt? Ein Land mitten in Europa? Eine Brücke zwischen Ost und West? Gucken wir eigentlich zu, wie sich nach fünf Jahren Sanktionen das Verhältnis zu Russland Jahr für Jahr verschlechtert? Wie sich das Karussell von Sanktionen und Gegen-sanktionen immer schneller dreht? Wie jahrzehntealte Abrüstungsabkommen in diesen Tagen gekündigt werden und wir ein neues Wettrüsten erleben. Das kann doch nicht der

Anspruch der Partei Willy Brandts sein!

Ich bin es leid, wenn wir da achselzuckend, vielleicht sogar resigniert auf die große Politik warten. Die Wahrheit ist doch: Auch wir können was tun! Eine Politik der Annäherung durch kleine Schritte. Durch Begegnungen. Kleine Verbesserungen, Erleichterungen, die den Menschen zu Gute kommen! Das war doch immer der Kern sozialdemokratischer Entspannungspolitik! Warum sollen wir in Sachsen-Anhalt nicht mit kleinen Schritten der Verständigung und der Entspannung vorangehen, wenn andere in der Welt mit dem Säbel rasseln?

Eine verstärkte Zusammenarbeit unserer Wissenschafts- und Hochschuleinrichtungen mit russischen Universitäten und Einrichtungen. Ein stärkerer Schüler- und Studentenaustausch. Gemeinsame Kulturevents und das Anschließen neuer Städtepartnerschaften. Eine jährliche große Wirtschaftskonferenz von Unternehmen aus Sachsen-Anhalt und Russland. Das Land kann so viel tun, um Brücken zu bauen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich kann und werde mich bei jedem einzelnen von Euch bedanken. Nicht an dieser Stelle, sondern unter vier Augen. Bei einer Tasse Kaffee oder nachher auf ein Bier. Erlaubt mir aber, an dieser Stelle zwei Menschen namentlich zu nennen:

Lieber Karamba, keiner von uns erfährt so viele Beleidigungen, Einschüchterungen, ja sogar körperliche Übergriffe und Angriffe wie Du. Keiner muss für sein politisches Engagement so viel ertragen, wie das bei Dir der Fall ist. Und trotzdem: Ich habe kaum einen Politiker erlebt, der mit soviel Optimismus und Zuversicht Politik macht. Du bist ein Vorbild für uns alle! Und wir sind stolz, Dich in unseren Reihen zu haben.

Und, liebe Katja, wir wählen heute das erste Mal, offiziell und in der Satzung verankert, eine Doppelspitze für unsere Partei. Ich finde: Wir waren eine tolle Doppelspitze in den vergangenen vier Jahren. Ich hätte mir jedenfalls keinen Menschen vorstellen können, mir dem ich lieber Politik in Sachsen-Anhalt gemacht hätte. Dafür dir: tausend Dank! ■

Aschersleben: ein Parteitag mit guter Laune und Kampfgeist

Wer SPD-Parteitage kennt, der weiß, dass sie oft ein stimmungsmaßiges Auf und Ab bieten. Gute Laune ist nicht immer garantiert, und Aufbruchstimmung muss manchmal demonstrativ herbeigerufen werden.

Der Landesparteitag der SPD Sachsen-Anhalt am 24. und 25. Januar 2020 in Aschersleben war in dieser Hinsicht ein positives Beispiel – so jedenfalls mein subjektiver Eindruck. Gute Laune und Kampfgeist kamen bei den Delegierten diesmal zusammen. Und das hinterließ auch seine Wirkung in der Berichterstattung der Medien von diesem Parteitag.

Es waren wohl mehrere Faktoren, die dabei zusammenkamen:

Erstens: der erfolgreiche Abschluss der Suche nach einer neuen Führung der Landespartei. Es war ja schließlich eine doppelte Premiere: die erstmalige Wahl einer Doppelspitze, noch dazu als erster Landesverband und mit eigenen Verfahrensregeln, und die erstmalige Durchführung einer Mitgliederbefragung zum Landesvorsitz. In Aschersleben wurde ein langer Prozess abgeschlossen, der aber den Landesverband trotz eines großen Kandidatenfeldes und knapper Ergebnisse nicht gespalten hatte. Im Gegenteil: Die beiden Landesvorsitzenden wurden von den Delegierten mit sehr guten Ergebnissen bestätigt, und zwei der drei unterlegenen

BewerberInnen wurden ebenfalls in den Landesvorstand gewählt.

Und dennoch war das Ende der Amtszeit von Burkhard Lischka, der sich mit einer großen Rede verabschiedete, auch von viel Wehmut begleitet.

Zweitens: Man konnte auf diesem Parteitag am Beispiel Arneos spüren, wie nah unsere Politik an den Problemen und an Menschen sein kann, die für ihre Interessen streiten.

Das ist viel wert für eine Partei, die 2016 von den Wählerinnen und Wählern mit 10,6 Prozent in den Keller geschickt wurde. Die SPD Sachsen-Anhalt hat seitdem vor allem daran gearbeitet zu zeigen, dass sie die Sorgen der Menschen versteht, und selbst wieder besser verstanden zu werden. Das klappt noch nicht immer gleich gut, aber die beeindruckende, solidarische Begegnung mit den Streikenden von ver.di auf dem Parteitag – und vor allem auch in den Streiktagen danach – hat gezeigt: Es geht! Und da geht auch noch mehr.

Drittens: Es wurde nicht um Probleme herumgeredet. Klare Worte sind ja ohnehin keine Seltenheit auf unseren Parteitagen, aber diesmal wurde auch das heißeste Eisen angepackt, das die SPD in Sachsen-Anhalt kennt: die Koalitionsfrage. Katja Pähle benannte in ihrer Rede die Unterschiede zwischen CDU und SPD schonungslos und machte deutlich, dass sich die



Foto: Stefan Busse

Für Saskia Esken war es der erste Auftritt auf einem Landesparteitag nach ihrer Wahl zur Parteivorsitzenden. Ihre Botschaft: Wir machen das neue Jahrzehnt zu einer Dekade der Sozialdemokratie! Saskia nahm sich nach ihrer Rede viel Zeit für Gespräche mit Delegierten. ■

gesellschaftlichen Mehrheiten in unserem Land anders abbilden als in der innerlich zerrissenen Kenia-Koalition. Dass wir für neue Mehrheiten und eine neue Stärke der SPD streiten wollen, machten die Delegierten deutlich, als sie die angepeilte „progressive Mehrheit“ im Landtag durch ihren Beschluss von einem „perspektivischen“ zu einem aktuellen politischen Ziel erhoben. Viertens: Es war ein Parteitag der Solidarität und des Schulterschlusses angesichts der Bedrohung von rechts. Karamba Diaby und Katharina Zacharias, um nur zwei Beispiele zu nennen, bekamen die innerparteiliche

Solidarität deutlich zu spüren. Wie sich auch sonst im Moment deutlich zeigt: Wenn es gegen Nazis geht und die, die ihnen den Weg bereiten, steht die SPD.

Bis zur Landtagswahl 2021 ist noch eine lange Wegstrecke. Es wäre toll, wenn sich der Kampfgeist von Aschersleben auch in den nächsten Monaten zeigt: in den Wahlkreisen, in den Debatten ums Wahlprogramm und in den Auseinandersetzungen mit der politischen Konkurrenz. Und gute Laune macht das alles sowieso viel leichter.

Martin Krems-Möbbeck ■



Foto: Stefan Busse

Liebe Genossinnen und Genossen, die Landtagsfraktion hat vom Landesparteitag nach der Wahl 2016 einen klaren Auftrag bekommen: **Konzentriert Euch auf das Wesentliche.** Diesen Auftrag haben wir angenommen, und ich denke, trotz vieler Schwierigkeiten setzen wir ihn konsequent um.

Wir haben Schluss gemacht mit dem überzogenen Sparen als Selbstzweck - um die nötigen Neueinstellungen in Schulen und bei der Polizei möglich zu machen und um die Kommunen zu stärken.

Wir haben Wort gehalten beim Thema frühkindliche Bildung. Gegen alle Unkenrufe hat Petra Grimm-Benne in zwei großen Schritten ein neues KiFöG vorgelegt und erfolgreich die Umsetzung des Gute-Kita-Gesetzes mit dem Bund verhandelt.

Wir haben gute Arbeit in den Mittelpunkt der Politik gestellt. Dazu gehört die tarifgerechte Bezahlung in allen Bereichen, die vom Land gefördert werden, dazu gehört ein eigenes, auf Teilhabe gerichtetes Programm für den sozialen Arbeitsmarkt, und dazu gehört die Stärkung unbefristeter Beschäftigung an den Hochschulen.

Aber dazu gehört genauso die Politik für den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt, die unter Armin Willingmann endlich wieder Schwung aufgenommen hat. Zu ihren starken Ergebnissen gehören die großen Investitionen von Porsche in Halle und von Farasis Energy in Bitterfeld-Wolfen, die in Sachsen-Anhalt offensichtlich genau die richtigen Ansprechpartner gefunden haben.

Konzentration auf das Wesentliche - das heißt zweitens: Wir kümmern uns darum, dass wir in der „Kenia-Koalition“ als SPD unverwechselbar bleiben. Kompromisse gehören zum Wesen einer Koalition - aber es darf nie der Eindruck entstehen, sie seien das Wesen der SPD.

Konzentration auf das Wesentliche - das heißt drittens und in dieser Wahlperiode vor allem anderen: Klare Kante gegen Nazis im Landtag und anderswo! Es gab am Anfang der Wahlperiode tatsächlich Leute, die glaubten - oder sogar darauf spekulierten -, dass die AfD durch den parlamentarischen Alltag gewissermaßen „gezähmt“ würde. Das Gegenteil ist der Fall. Die AfD ist in kaum einem anderen

»Politischer Stillstand ist kein Schicksal«

Auszüge aus der Rede von Katja Pähle beim Parteitag in Aschersleben

Bundesland so eindeutig und so einheitlich völkisch und rassistisch aufgestellt wie in Sachsen-Anhalt.

Wir haben gelernt, uns in der parlamentarischen Arbeit von der AfD nicht die politische Agenda diktieren zu lassen. Aber wir treten seit dem ersten Tag dieser Wahlperiode der Hetze und der Menschenverachtung dieser Partei entschlossen entgegen. Wie nötig das immer wieder ist, zeigte sich besonders deutlich nach dem tödlichen Attentat von Halle und dem Angriff auf die Synagoge, als die AfD im Landtag jeden rechtsextremen Hintergrund der Tat leugnete und sich als „judenfreundliche“ Partei darstellen wollte. Wir konnten ihnen jedoch nachweisen: Antisemitismus gehört zum Wesen der AfD.

Liebe Genossinnen und Genossen, dass es in Sachsen-Anhalt seit 2016 so starke Rechtsextremisten im Parlament gibt, das war seinerzeit der Grund für die Bildung von „Kenia“.

Wir wollten eine handlungsfähige, demokratische Mehrheit ermöglichen, und wir wollten ein Bollwerk gegen Rechtsextremismus bilden, nicht zuletzt dadurch, dass wir Demokratiebildung, bürgerschaftliches Engagement und den Einsatz gegen Rechtsextremismus und Rassismus weiter konsequent fördern. Diese beiden Ziele, die uns zum Eintritt in die Koalition bewogen haben, sind unverändert richtig.

Aber: Das „Bollwerk gegen rechts“ wird untergraben, wenn die CDU auf kommunaler Ebene mit der AfD zusammenarbeiten will, wenn dort nationalistisch gefärbte „Denkschriften“ verfasst werden und wenn die CDU selbst gegenüber Neonazis keine klare Grenze mehr zieht.

Liebe Genossinnen und Genossen, die Mindestanforderungen von 2016 sind zudem auf Dauer keine ausreichende inhaltliche Plattform, um über diese Wahlperiode hinaus Politik für Sachsen-Anhalt zu gestalten. Wir müssen für viele Politikbereiche nüchtern feststellen: Sachsen-Anhalt ist heute ein blockiertes Land. Die Vorstellung, dass es zu dieser Koalition dauerhaft keine Alternative geben sollte, lastet derzeit wie eine Bleiplatte auf der Politik in Sachsen-Anhalt. Das liegt vor allem am inneren Zustand unseres Koalitionspartners CDU.

Man muss sich mal vor Augen halten, was wir in den letzten Monaten alles erleben durften: Kammern und Unternehmen unterstützen uns beim Azubiticket - gegen die CDU.

Die Ärztekammer unterstützt Petra Grimm-Benne und die SPD in der Ablehnung weiterer Krankenhausprivatisierungen - gegen die CDU.

Unternehmerverbände unterstützen Armin Willingmann bei der Erleichterung von Unternehmensgründungen aus der Hochschule heraus - gegen die CDU.

Grundstückseigentümer unterstützen die SPD-Fraktion bei der Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen - gegen die CDU.

Und, man glaubt es kaum: Die Industrie- und Handelskammer Magdeburg unterstützt uns in der Forderung nach längerem gemeinsamen Lernen bis zur 8. Klasse - natürlich gegen die CDU!

Das alles zeigt: Die CDU, die sich immer noch

selbst als „die Sachsen-Anhalt-Partei“ betrachtet, hat sich meilenweit von den gesellschaftlichen Gruppen entfernt, die sie traditionell immer vertreten hat.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn es gut läuft mit „Kenia“, dann bringen wir bis März noch einen Doppelhaushalt für 2020 und 2021 durch den Landtag. Wenn es gut läuft, dann einigen wir uns dabei auf ein Azubi-Ticket und auf eine Finanzierung für die Straßenausbaubeiträge. Wenn es gut läuft, dann bringen wir die Legislaturperiode mit dieser Koalition anständig zu Ende.

Aber selbst wenn es tatsächlich so gut laufen sollte, ändert das nichts daran, dass wir in dieser Koalition in zentralen Zukunftsfragen nicht zusammenkommen. Schaut Euch nur die Herausforderungen in den wichtigen Themen an - den Themen, bei denen jetzt Richtungsentscheidungen getroffen werden müssten, aber nicht getroffen werden können.

Ich stehe zu der Entscheidung von 2016, in diese Koalition zu gehen. Aber wenn wir weiter - und über die nächste Wahl hinaus - zur Zusammenarbeit mit einem so rückwärts-gewandten und ideenlosen Partner verdammt sind, dann gelingt in Sachsen-Anhalt nur noch die Verwaltung des Stillstands. Und dann unterhalten wir uns in fünf Jahren nicht mehr darüber, wer wann auf welchem Platz kandidiert, sondern nur noch darüber, wer im Ernst-Reuter-Haus in Magdeburg das Licht ausmacht.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, politischer Stillstand ist kein Schicksal. Wenn wir kein blockiertes Land haben wollen, dürfen wir uns nicht selbst im Weg stehen. **Wir** brauchen den Mut, uns den Bürgerinnen und Bürgern zu stellen und neue Ideen aufzunehmen.

Denn wir sind ein Land, und nur gemeinsam können wir so stark werden, wie wir uns das

wünschen: Land und Stadt, jung und alt, Frauen und Männer, Einheimische und Zugewanderte. Ich bin überzeugt, das muss unsere Botschaft werden, wenn wir uns mit 10,6 Prozent nicht abfinden wollen.

Und dann brauchen wir noch den Mut, liebe Genossinnen und Genossen, nach neuen Mehrheiten zu suchen. Wohlgermerkt: im Land. Nicht bloß auf einem Parteitag. Denn es gibt für das, worum es uns geht, klare gesellschaftliche Mehrheiten: eine klare Mehrheit dafür, dass Staat und Kommune für die Daseinsvorsorge zuständig sind - Krankenhäuser inbegriffen; eine klare Mehrheit für längeres gemeinsames Lernen; eine klare Mehrheit für Lohnangleichung und gute Arbeit und eine klare Mehrheit für einen Klima- und Umweltschutz, der auch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Pendlern und Landwirten die Möglichkeit gibt, klimaschonend zu leben und zu arbeiten.

Wir müssen jetzt darum ringen, dass aus diesen gesellschaftlichen Meinungsmehrheiten in der Bevölkerung eine politische und parlamentarische Mehrheit wird. Mehrheiten wählen! Und diese andere Mehrheit kann und wird es nur geben, wenn die SPD wieder stärker wird.

Unser strategisches Ziel ist es - vor allen anderen Fragen - dass wir den Einfluss der AfD zurückdrängen, um Möglichkeiten für neue Mehrheiten zu eröffnen. Und um allen Gedankenspielen für eine schwarz-braune Koalition einen Riegel vorzuschieben.

Wir schreiben unser Wahlprogramm nicht mit der Schere einer neuen Zwangskoalition im Kopf. Die SPD kann Kompromiss - das weiß jeder. Was nicht mehr alle wissen, ist: Die SPD kann klare Kante. Zeigen wir's ihnen!

Den vollständigen Wortlaut der Reden von Burkhard Lischka und Katja Pähle findet Ihr in unserer Online-Ausgabe vornewech.de ■



Foto: Stefan Busse

Einer der Höhepunkte des Parteitags war der Auftritt der Kolleginnen von Ameos. Sie brachten das Urabstimmungsergebnis für einen unbefristeten Streik mit, und Annett Kannenberg-Bode von ver.di rockte den Parteitag.



Foto: Stefan Busse

Petra Grimme-Benne war auf dem Parteitag wie so oft in jüngster Zeit vor allem als Gesundheitsministerin gefragt. Klare Kante für einen Tarifvertrag bei Ameos und für Investitionen in unsere Krankenhäuser, das waren ihre Botschaften.



Foto: Stefan Busse

Armin Willingmann konnte selbstbewusst auf Ansiedlungserfolge, aber auch auf ein klares sozialdemokratisches Profil in der Hochschulpolitik verweisen. Er wurde zu einem der beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt.



Foto: Stefan Busse

Mit angeschlagener Stimme, aber so kämpferisch, wie man sie kennt: Katharina Zacharias bewarb sich nach ihrer Kandidatur für den Vorsitz jetzt erfolgreich als Stellvertreterin.

Impressum

ViSdP: Friederike Rösler
Redaktion: Martin Krems-Möbbeck
Gestaltung: Jörn Rößler
Beiträge an: redaktion@vornewech.de
Anschrift:
SPD Sachsen-Anhalt
Redaktion vornewech
Bürgerstraße 1, 391054 Magdeburg
Erscheint online auf vornewech.de